

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin
10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Post-
bezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Circulardruck
bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.,
zuzüglich Porto- und Frachtkosten, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M.,
sonstige Post- und Frachtkosten. Redaktion und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 24.

Die abgesetzten Anzeigenpreise sind oben bereits angegeben. — M. einschließlich
Zerlegungsgeld. Klein-Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Zerlegungsgeld. Deutsche Anzeigen laut Tarif.
Hemden-Anzeigen und Stellen-Beluche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Beluche
in Wort-Anzeigen das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.
Gesamtpreis: Zentrum 2070, 2045, 4516, 4603, 4635, 4648, 4623

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Entscheidung der Eisenbahner

Der Deutsche Eisenbahner-Verband für die Annahme der Zugeständnisse!

Vom Deutschen Eisenbahner-Verband wird uns geschrieben:
Der Deutsche Eisenbahner-Verband, die größte der
im Sechzehnerausschuss vertretenen Organisationen, hatte am
18. Januar den erweiterten Vorstand erneut nach Berlin
berufen. Nach einem umfassenden Bericht der Vertreter des
Sechzehnerausschusses über den Gang der Verhandlungen
und über die großen Schwierigkeiten, die neue Ver-
handlungen zur Unmöglichkeit machen, wurde beschlossen, ohne
Diskussion in geheimer Abstimmung zu dem Verhand-
lungsergebnis Stellung zu nehmen. Von den 74 abgegebenen
Stimmen waren 51 für Annahme der im Verhand-
lungswege erzielten Zugeständnisse, 20 für Streik
und 5 Zettel waren unbeschieden. Damit ist die Entscheidung
gegen den Streik gefallen. Die Bestimmungen der übrigen
drei Organisationen werden kaum ein anderes Resultat bringen,
da die Bewegung, die wochenlang die Öffentlichkeit beschäftigte,
als beendet angesehen werden kann.

Die Sozialisierung der belgischen Kohlengruben

B. N. Brüssel, 18. Januar.

Der sozialistische Arbeitsminister De Boutsiers hielt gestern
im Senatsrat eine Rede vor einem Publikum, das hauptsächlich aus
Grubenarbeitern bestand. Er sprach über die Nationalisi-
erung einzelner Gruben in Belgien, über die er dem Kabinett
einen Plan vorlegen werde. Der Minister erklärte, daß
kein Privatmann auf die Dauer eine Grube oder eine Eisenbahn
ausbeuten könne, und wies darauf hin, daß die kleineren Gesell-
schaften allmählich von größeren aufgelöst würden. Die So-
zialisten kontrollieren z. B. bereits neun Gruben in der
Provinz Borinage. Eine große Anzahl Kohlengruben sei im Besitz
von Privatpersonen, die die Verkaufspreise festsetzen und Ar-
beiter entlassen, wenn es im Interesse des Kapitalis-
mus liege. Damit diesen Zuständen ein Ende bereitet werde,
sei die baldige Nationalisierung der Gruben notwendig.

Der Minister sei deshalb bereit, Maßnahmen bezüglich der
Konzessionen, die noch nicht im Gebrauch sind, zu überdenken. Es
sei aber nicht möglich, bereits erteilte Konzessionen einzuziehen.
Die Kammer werde nicht darin einwilligen. Die Regierung ver-
füge über Gruben von 400 Hektar bei Lüttich, die als separate
Hektar, deutsches Eigentum an den Staat kamen, und ferner
über drei Kohlenbecken von 1-5000 Hektar sowie ein Kohlen-
becken von 10 000 Hektar in den Kempen. Die Inbetriebnahme
des Beckens in Kempen sei jetzt zu kostspielig, aber für die Stein-
kohlengrube von Wandre sei ein Plan für die Nationalisi-
erung fertig. Die Arbeiter dürften aber bei dieser Nationali-
sierung nicht an Stelle der Kapitalisten kommen. Der Minister
werde deshalb folgende Vorschläge machen:

Die Nationalisierungsunternehmen kommen unter die Ver-
waltung eines Rates, der aus Vertretern der Verbrau-
cher, Arbeiterkreise und des technischen Personals, sowie Vertre-
tern der Finanzwelt sich zusammensetzt. Die Mitglieder dieses
Rates werden von der Kammer ernannt. Sie sollen von Han-
delskammern, Gewerkschaften und Arbeiter-
körpern ernannt vorgeschlagen werden. Das nötige Kapital wird
vom Kapitalismus gegeben werden, und die Führer der Unter-
nehmung werden jedes Jahr der Kammer eine Bilanz vorlegen
müssen.

Die französische Kabinettsbildung

Utd. Tel. Paris, 18. Januar.

Das Kabinett vervollständigte sich gestern abend endgültig
durch die Wahl der Unterstaatssekretäre, die um
10 Uhr abends beendet war; um 1/2 12 Uhr empfing Briand die
Journalisten und erklärte, daß er ohne Zweifel erst am Donner-
stag mit einem genauen Programm vor die Kammer treten
werde. In Kammerkreisen ist man sich darüber einig, daß das
Programm kurz und klar in der Form sein und die delikaten
Probleme nicht berühren wird. Man diskutiert vor allem über
die Haltung, die das neue Ministerium in der Wiederher-
stellung der Finanzfrage einnehmen wird. Briand nahm erst gestern
abend mit dem Auswärtigen Amt Fühlung und ließ sich un-
verzüglich in das Wiedergutmachungsproblem einfinden, dabei
auch in die Verhandlungen, die gestern die beiden französischen
Delegierten Seydoux und Chaysson mit dem deutschen
Delegierten Bergmann hatten. In der Umgebung des Mi-
nisterpräsidenten soll man der Ansicht sein, er werde in dieser An-
gelegenheit die Politik des früheren Kabinetts weiterführen und
das System der jährigen Zahlung annehmen.

Das neue französische Kabinett wird in der gesamten italie-
nischen Presse vorwiegend günstig beurteilt. Die römischen Zei-
tungen sehen in der Zusammenfügung des Kabinetts ein neues
Zeichen dafür, daß die künftige französische Politik, wenn
sie schon Deutschland gegenüber nicht wohlwollende ist, in der
Ausführung des Friedensvertrages doch zumindest nicht eine un-
verständliche Haltung als das Kabinett Legeres an den Tag
legen werde.

Die radikale Presse weist darauf hin, daß die beiden Radika-
len, die an dem gegenwärtigen Ministerium teilnehmen, von
ihrer Partei ausgeschlossen wurden, weil sie für die Wieder-
aufnahme der Beziehungen zum Vatikan gestimmt hatten. Die
Presse stellt fest, daß das neue Kabinett also kein Mitglied der
radikalen Partei enthalte.

Die Gefahr eines Rechtsputsches

Graf Bothmer warnt und beweist

Unsere Feststellungen, daß in Bayern die Vorbereitungen
für einen monarchistischen Staatsstreich getroffen werden,
sind in der Presse entweder ungehört verhallt oder es wurde
versucht, sie als „beweislose Gerüchte“ hinzustellen. Jetzt
wird alles das, was wir bisher behauptet haben, von einer
Seite bestätigt, die auch bei den Rechtsparteien Autorität
hat. Graf Bothmer, der Führer der „bayerischen
Königspartei“, erklärt in seinem Organ, der Land-
vorsitzende der „bayerischen Königspartei“, Maxer-Kon-
n, habe Beweise in den Händen, daß Bestrebungen im
Gange sind, welche die Wiederherstellung der Mo-
narchie auf dem Wege eines militärischen Putsches
durchführen wollen, um die Regierung vor eine vollendete
Tatsache zu stellen. Graf Bothmer bringt eine Reihe von
Einzelbeweisen und beschuldigt die deutschvölkischen
Geheimbünde der Putschabsichten.

Die Geheimbünde, auf die Graf Bothmer anspielt, haben
unter den Militärs großen Anhang. Sie verfügen vor allem
über große Geldmittel und unterhalten damit die gehei-
men militärischen Verbände, die in Form von
„Arbeitsgemeinschaften“ auf dem Lande untergebracht sind,
mit der Aufgabe, dem kommenden monarchistischen Putsch
ein selbstgefügtes Gerippe zu geben und gewissermaßen als
strategische Reserve zu dienen. Ebenso verfügen die völkis-
chen Geheimbünde die militärischen Reserverformationen mit
Waffen, Munition und allem erforderlichen Heeresgerät, das
zur militärischen Sicherung des Putsches notwendig ist. Die
völkischen Geheimbünde sorgen auch für die Herstellung einer
internationalen monarchistischen Front. Sie unterhalten enge Beziehungen mit den zaristi-
schen Generälen, die von Berlin aus die
Wiederherstellung der Monarchie in Rußland betreiben
und sind besonders eng mit ihrem Idealstaat
Ungarn verbunden. So ist der deutschvölkische Schutz-
und Truhbund vor einigen Tagen mit dem Verein „Er-
wachendes Ungarn“, jener Räuber- und Mörderorganisation,
in ein enges Kartellverhältnis getreten.

Graf Bothmer hat seine Enthüllungen aus Konkurrenz-
neid gemacht. Die „bayerische Königspartei“ erstrebt
die Wiederherstellung der Wittelsbacher Herrschaft, die
deutschvölkischen sind preussisch orientiert;
sie wollen dem Hohenzollernthron wieder einen Thron frei-
machen. Graf Bothmers Bestrebungen sind partikularistischer
Natur, die Deutschvölkischen gehen weiter, sie wollen das
ganze Reich unter die alte Fuchtel zwingen. Sie sind
die Gefährlicheren, denn hinter ihnen steht
die Deutsche nationale und die Deutsche Volkspartei;
sie haben die Reichswehr und die militäri-
schen Nebenverbände auf ihrer Seite und verfügen über
ungeheure Geldmittel.

Die Reichsregierung kennt diese Pläne, sie unter-
nimmt aber nichts gegen sie, weil sie sich den Wünschen der
Deutschen Volkspartei unterworfen hat und sich zu einer
Politik verpflichtet fühlt, die einer monarchistischen Restau-
ration in die Hände arbeitet. Die Abwehr der monarchisti-
schen Bewegung wird also das ausschließliche Werk der Ar-
beiter sein müssen.

Die internationale Krise

London, 18. Januar.

Laut „Westminster Gazette“ nimmt die Zahl der Er-
werbslosen dauernd zu. Ein erstes Zeichen der industriellen
Lage sei die anhaltende Flaue in wichtigen Kohlenbergwerken.
In verschiedenen Teilen des Landes, so im Bezirk Swansea, feiern
Tausende von Bergarbeitern. In einer vor den Delegierten
der konstitutionellen Arbeiterpartei gehaltenen Rede erklärte
Lord Curzon, augenblicklich sei die Arbeitslosigkeit am härtesten
in Amerika, danach kämen England, Frankreich, Belgien und dann
erst Italien und Deutschland.

Ein „Dementi“. Die „Niederländische Telegraphenagentur“
meldet, daß die Nachricht über eine Verschwörung des
Deutschen Kaisers und des Kronprinzen und über
den von Holland angelehnt ausgedrückten Wunsch, sie möchten
Holland verlassen, jeder Begründung entbehre. Nicht dementiert
wird also die Nachricht, daß die polizeiliche Ueber-
wachung des Ex-Kronprinzen in Brixen verschärft
wurde. Und das muß doch wohl seine Gründe haben!

Reaktionäre Hoffnung

Ein Monat noch trennt uns von der Preußenwahl.
Während dieser Zeit muß jeder Vertrauensmann unserer
Partei, jeder einzelne Parteigenosse zum Organisator und
Agitator werden. Es gilt, in den Betrieben die Kollegen
über die politische Situation und die Stellung unserer Partei
aufzuklären. Und Hand in Hand muß eine ständige
Verbearbeitung einsehen für die Verbreitung unserer
Presse und für den Eintritt in unsere Organisation. Gestärkt
muß die Partei aus diesem Kampfe hervorgehen, um in dem
bevorstehenden schweren Ringen mit der politischen und so-
zialen Reaktion ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die Arbeiterschaft
die große politische Bedeutung dieser Wahl ver-
kennen würde. In den Zeiten des akuten revolutionären
Kampfes, einer stürmisch fortschreitenden Massenbewegung
ist ein Wahlausfall von untergeordneter Bedeutung. Wenn
die Massen selbst auf den Plan treten, wenn sie von ihren
wirtschaftlichen Machtmitteln unmittelbaren Gebrauch
machen, wenn immer neue, bisher indifferente Schichten zum
Kampfe antreten, dann sind parlamentarische Mehrheitsver-
hältnisse nicht das Entscheidende, dann bestimmen die Massen
selbst unmittelbar durch den Druck von außen die Haltung
der Parlamente. Ganz anders aber dann, wenn die Macht-
verhältnisse anders gelagert sind, früher kämpfende Schichten
ermatten, Teile der Arbeiterschaft der Indifferenz zu ver-
fallen drohen, die Bourgeoisie an Selbstvertrauen und
Kampfschloffenheit gewonnen hat und bereit ist, eine
bürgerliche Parlamentarismehrheit durch ihre wirtschaftliche
und militärische Macht zu stützen und sie auf der Bahn der
Reaktion weiterzutreiben. Eine starke Indifferenz der Ar-
beiter bei den Wahlen ermutigt die Gegner in diesem Be-
streben, erhöht ihre Siegeszuversicht, während sie die Ar-
beiter noch mutloser macht. Deshalb handelt ein jeder
gegenrevolutionär, der bei diesen Wahlen nicht
seine Stimme für die Unabhängigen Sozialdemokratie abgibt.

In der Tat setzt das Bürgertum auf die preussischen
Wahlen die allergrößten Hoffnungen. Deshalb sehen die
bürgerlichen Parteien ihren großen Agitationsapparat ein,
deshalb fliehen ihnen aus den Kreisen der Großbanken, der
Schwerindustrie, der Kapitalmagnaten unbegrenzte Geld-
mittel zu, arbeitet die ganze bürgerliche Presse mit fieber-
haftem Eifer. Und hoch sind die Erwartungen und Hoffnun-
gen der Bourgeoisie gespannt.

Das erklärt sich ohne weiteres aus der ganzen politischen
Lage. Es war ein Abenteuererzug, den Kapp und Lütt-
wich im März 1920 unternommen hatten. Unzureichende
Mittel, schlechte Vorbereitung und das Ziel unklar. Der
Putsch war auch den politischen Parteien der Reaktion über-
raschend gekommen. Aber die Reaktion hat aus diesem
Putschversuch alles gelernt, die Arbeiterschaft fast
nichts. Die Reaktion hat ihre Taktik geändert. An Stelle
des akuten Putsches greift sie zur schleichenden
Unterminierung und trifft die sorgsamste Vorbereitung.
Sie nutzt die Not welter Schichten des Volkes ebenso
aus, wie den Haß der Bourgeoisie gegen alle Fortschritte der
Arbeiterklasse, um alle Folgen des Krieges in Folgen der
Revolution umzulügen. Und wer will leugnen, daß diese
Taktik große Erfolge bereits erzielt hat?

Der politische Stoßtrupp des Bürgertums, der außerhalb
der Regierung geblieben ist, dessen Macht aber in der Ver-
waltung, in der Rechtsprechung, in der Schule, fast noch un-
gebrochen ist, sind die Deutschen nationalen. Sie arbeiten
mit rücksichtsloser Konsequenz auf die Beseitigung der Repu-
blik, auf die Wiederherstellung des alten Systems der politi-
schen und ökonomischen Unterdrückung der Arbeiterklasse
unter Führung der preussischen Junkertaste hin. Was die
Deutschen nationalen unerschämmt, macht die deutsche
Volkspartei etwas verschämter. Diese leichte Ver-
hüllung hat genügt, um sie regierungsfähig zu machen. In
der bürgerlichen Regierung des Reichs sind sie die Schrittmacher
der Deutschen nationalen. Zentrum und Demo-
kraten folgen aber in der allgemeinen Reichspolitik immer
mehr dieser Führung, weil sie in ihren politischen und wirt-
schaftlichen Grundfassungen ja in Wirklichkeit trotz ver-
schiedengefährdeter Ideologie mit den „nationalen“ Parteien
völlig einig sind. Die Arbeiterklasse hat ihnen dieses Werk
erleichtert. Im Gegensatz zum Bürgertum, das trotz ver-
schiedener politischer Ideologien bei allen entscheidenden
Fragen die Einheitsfront gegen die Arbeiterschaft herzu-
stellen weiß, vergißt die Arbeiterschaft in ihrem Streit um
ihre politische Ideologie die grundlegende ökonomi-
sche Einheitlichkeit ihres Klasseninteresses und bleibt gespalten gegen einen geschlossenen Gegner.
Noch mehr: die reformistische Taktik hat die ersten Schritte
des Bürgertums zur Wiedererlangung seiner Macht außer-
ordentlich erleichtert und die Klust innerhalb der Arbeiter-
schaft verbreitert. Umgekehrt hat die kommunistische Ueber-
schätzung der Macht des Proletariats schwere, schwächende
Niederlagen verursacht und fördert heute durch ganz un-
sinnige pseudorevolutionäre Phraserei, durch eine unzustand-
bare Kabaupolitik die Reaktion in ihrem verhängnisvollen
Werk.

Bei der bevorstehenden Wahl sucht nun das Bürgertum plan-
mäßig bereits erobertes Terrain zu erweitern, seine Posi-

tionen auszubauen und zu befestigen. Es hat in Bayern gesteuert und es benutzt dort den Besitz der Staatsmacht, um jene bewaffneten Organisationen zu schaffen, die hinter die bürgerlichen Mehrheiten treten sollen, um sie gegen das Proletariat zu führen. Von Bayern aus hat die Reaktion sich starke Stützpunkte in Süd- und Mitteldeutschland geschaffen. Der bayerische Einfluss wird auch immer mehr bestimmend für die Politik der Reichsregierung, in der die Reichspolitik in den vorkriegsständigen Minister ihre Vorbilder und in den Demokraten willenslose Werkzeuge besitzt. Jetzt handelt es sich der Reaktion darum, Preußen zu erobern. Gelingt der Versuch, so hat die Reaktion eine außerordentliche Stärkung erfahren. Dann wird Preußen wieder ihr Hort, und die Einheit zwischen preussischer und Reichspolitik wird nicht nur hergestellt, sondern im ganzen Reiche geht es scharf nach rechts.

Deshalb haben die Preußenwahlen vielleicht noch eine höhere Bedeutung als sie die letzten Reichstagswahlen hatten. Es kommt alles darauf an, daß all die, die gegen die Wiederherstellung der Monarchie, gegen die Befestigung des Achtstundentags, gegen die Stimmführung der Wirtschaft für die Erweiterung und Stärkung der Macht aller Arbeitenden eintreten, nicht der Reaktion das Feld überlassen. Ein imposanter Aufmarsch der arbeitenden Massen, eine Befestigung der Entschlossenheit und des Kampfwillens muß der Arbeiterbewegung in Deutschland, muß dem sozialistischen Vorwärtsdrängen einen neuen Antrieb geben. Eine Wahl, die die Stimmen für den revolutionären Sozialismus verringert, die breitere Schichten der Arbeiterschaft indifferent zeigt, erleichtert das Spiel der Reaktion, schwächt die Energie und das Selbstvertrauen der Massen.

Das darf nicht geschehen! Die Hoffnungen der Reaktion auf die preussische Wahl muß zunichte gemacht werden und deshalb muß jeder Vertrauensmann alle Anstrengungen machen, jeder einzelne Parteigenosse seine ganze Kraft einsetzen, um die preussischen Wahlen zu einem Siege der Unabhängigen Sozialdemokratie zu gestalten.

Deutschnationale Deutscheinde

Stinnes, Ludendorff und das ungarische Geld

Der Friedensvertrag von St. Germain hat bekanntlich das westungarische Burgenland der Republik Deutschösterreich zugesprochen. Nun ist aber über die Räumung des westungarischen Gebietes ein heftiger Streit entbrannt, denn Horthy-Ungarn sträubt sich nicht nur, die Forderung der Bolschafsterkonferenz zu erfüllen, sondern hat noch eine neue d'Annunziade inszeniert, in dem es den Höchstkommandierenden von Westungarn, Oberst Lehár, als ungarischen d'Annunzio mit seinen Legionären das Gebiet gegen den Willen der Entente besetzen lassen will. Gleichzeitig sind in den westungarischen Gebieten heftige Deutschenverfolgungen ausgebrochen, die Budapest Terrormaschine wütet mit aller Grausamkeit gegen die deutsche Bevölkerung, und in Deutschösterreich hat ebenso wie in Deutschland, eine systematische Propaganda zugunsten des Verbleibens Westungarns bei Horthyungarn eingesetzt.

Es erscheint grotesk, entspricht aber doch den Tatsachen, daß diese Propaganda der ungarischen Bluthunde sowohl bei den Christlichsozialen in Deutschösterreich wie bei den Deutschnationalen in Deutschland günstigen Boden fand. Der Haß gegen die Republik Deutschösterreich, die Begeisterung für das Horthy'sche Schandregiment haben dahin geführt, daß die Christlichsozialen und die Deutschnationalen auch von der politischen Verantwortlichkeit nicht zurückgeschreckt sind, ihre eigenen Stammesgenossen in Westungarn preiszugeben und ihrem Anschluß an Deutschösterreich entgegenzuwirken.

Die Hintergründe der deutschnationalen Propaganda zugunsten des Verbleibens Westungarns bei Ungarn, die sich in der letzten Zeit immer deutlicher bemerkbar machte, werden jetzt vom Wiener Korrespondenten des „Berliner Tageblattes“ in eingehender Weise geschildert. Es stellte sich heraus, daß die Horthy-Banden es nicht nur verstanden haben, durch Bestechung der Presse (wie das beispielsweise gegenüber der Wiener „Reichspost“ dokumentarisch nachgewiesen ist), Einfluss auf die „führenden Zeitungen der Reaktion“ zu gewinnen, sondern daß sie auch ihre Verbindungen mit der deutschen Schwerindustrie und dem deutschen Hochadel ausnützen, um den Bestrebungen der monarchistischen Konterrevolution auch außerhalb Ungarns Geltung zu verschaffen. Es heißt in dem Bericht u. a.:

Die Horthyaner haben sehr geschickt die alldeutschen Sympathien für die Reaktion in Ungarn, aber auch gewisse finanzielle und verwandtschaftliche Verbindungen mit der deutschen Schwerindustrie und mit dem verflochtenen deutschen Hochadel in den Dienst der Propaganda für ihre westungarische Politik gestellt. Sofort, als die Note der Bolschafsterkonferenz über Westungarn eintraf, schrieben die Leitblätter der Horthy, Teleki und Apponyi, man müsse jetzt durch Deutschland einen Druck auf Deutschösterreich ausüben. Es zeigt sich jetzt, was sie mit dieser sonderbaren Forderung meinten, denn in der alldeutschen Presse des Reiches wimmelt es von Mahnrufen, man dürfe die Herzlichkeit der Beziehungen zu Ungarn nicht für alle Zeit vergiften, und die Regierung Horthy trübe augenblicklich von Deutschfreundlichkeit. In den Sympathien der ungarischen Reaktionäre für die Reaktion in Deutschland wird gewiß kein vernünftiger Mensch zweifeln; die Agenten Ludendorffs und Bauers haben in Budapest viel zu lange von ungarischem Geld gelebt, als daß man diese Sympathien noch in Frage ziehen könnte; aber es müßte den Alldeutschen doch einiges zu denken geben, daß dieselbe „Deutschfreundliche“ Regierung Teleki zur selben Zeit in Paris damit Eindrücke zu machen sucht, daß sie durch Herrn Praxnowsky verbreiten läßt, der Anschluß Westungarns an Deutschösterreich würde den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland nur noch gefährlicher für Frankreich machen, und daß die ungarische auswärtige Politik in Wahrheit Herr Rania, der frühere Gesandte und Pressechef im k. u. k. Ministerium des Innern, leitet, dessen Frankophobie allgemein bekannt ist.

Daß gerade die Berliner Blätter der Schwerindustrie sozial Verständnis für die Budapest Beweisführung zeigen, erklärt sich nicht nur durch ihren politischen Scharfblick und aus ihrer reaktionären Gesinnung; es ist gewiß auch bemerkenswert, daß Herr Stinnes in enger Geschäftsverbindung mit Ungarn steht, und daß Herr Thyssen jun. im westungarischen Rechnen nicht nur Nachbar der Vassil, Apponyi und Erdedy, sondern auch mit der ungarischen Baronin Bornemiza verheiratet ist. Diese Beziehungen des deutschen Hochadels zu den schönen ungarischen Gräfinnen spielen überhaupt eine große Rolle in der Behandlung der westungarischen Frage. Mit Hilfe dieser verwandtschaftlichen Beziehungen haben die ungarischen Magnaten sogar Einfluss in der deutschen Diplomatie erlangt, und es ließe sich über dieses Kapitel noch mancherlei sagen.

Die hier gemachten Feststellungen sind in zweifacher Hinsicht von Interesse. Sie zeigen einerseits, daß es nicht bloß

einige militärische „Wirzöpfe“, wie Oberst Bauer, General Hoffmann usw., sind, die auf die Schaffung eines Blochs der mitteleuropäischen Reaktion und bewaffneten Konterrevolution im Bunde mit Horthy-Ungarn hinarbeiten. Es sind vielmehr mächtige Kreise des Hochadels und der Schwerindustrie, die ihren ganzen materiellen und politischen Einfluss zugunsten dieser Pläne in die Waagschale werfen. Zweitens ist von Bedeutung, daß die deutschnationalen und vorkriegsständigen Presse diesen hochverräterischen Plänen offen Vorschub leistet. Sie, die sonst den „Patriotismus“ in Erbpacht genommen hat, scheut sich auch nicht, die Interessen der Deutschen in Westungarn zu verraten. Ihre Beteuerungen, daß sie allein die „deutschösterreichischen“ Interessen vertritt, sind eine ebensolche elende Heuchelei, wie alle sonstigen Versprechungen, die sie in ihrem demagogischen Kampfe gegen die Republik und die Arbeiterklasse dem Volke macht.

Die Orgesch in Schlesien

Im Kreise Waldenburg sind vor einigen Tagen Dokumente über den militärischen Aufmarsch der Orgesch beschlagnahmt worden. Minister Senering hat daraufhin eine Untersuchung angeordnet. Der Kreisleiter der Orgesch, Hauptmann Wieseling, sein Stellvertreter Rittmeister Thilo und der Direktor Bertram aus Göbersdorf wurden verhaftet. Wie die Breslauer „Volkswacht“ mitteilt, sind die eigentlichen Schuldigen bei der Breslauer Provinzialleitung der Orgesch, deren

Was steht auf dem Spiele?

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Abgeordneter Hergt, erklärte auf dem Parteitag in Hannover:

„Unser Ziel ist der Ordnungszustand und zwar in Preußen. Preußen wird unser Endziel sein, von Preußen aus wollen wir das Reich erobern (Stürmischer Beifall). Wägen Sie nach Bayern. Dort haben wir den Ordnungszustand (Lebhafte Beifall). Den Anglikanern, die schon jetzt eine Besserung unserer Verhältnisse sehen und uns raten, abzuwarten, muß man entgegenhalten, daß wir keine Zeit mehr haben. . . . Wir wissen, daß die Zustände nicht anders werden, solange nicht die Monarchie wieder eingeführt ist (Stürmischer, minutenlangender Beifall). Die Monarchie hat zu sparen verstanden. Hoffentlich dauert es nicht mehr lange (Abermaliger stürmischer Beifall).“

Das „Sparen“ der Monarchie bestand darin, daß sie der Republik über 400 Milliarden Schulden hinterließ, Schulden, die durch den Weltkrieg verursacht wurden. Der preussische „Ordnungszustand“ soll ein Zuchthausstaat werden nach dem idealen Vorbild Ungarns, denn Bayern ist nur eine Etappe auf dem Wege zur Monarchie, die den Deutschnationalen als Endziel vor Augen schwebt.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Männer und Frauen! Wollt Ihr in Deutschland ungarische Zustände? Dann wählt deutschnational! Wollt Ihr aber eine freie und gesicherte Existenz, dann müßt Ihr den Kampf aufnehmen gegen den preussischen „Ordnungszustand“ für die sozialistische Gesellschaft. Dann müßt Ihr den bürgerlichen Parteien eine Niederlage bei den Landtagswahlen bereiten und schon jetzt die Werbearbeit aufnehmen für die

U.S.P.D.

Vorliegender ein ehemaliger Intendantenleutnant Kohntal ist, zu suchen. Aus den beschlagnahmten Dokumenten ist das Schreiben des Kreisleiters Müller, Leutnant a. D., recht interessant:

Sab Salzbrunn, 30. Dezember 1920.

Sehr geehrter Herr Veder!

1. Am 5. Januar beginnen im hiesigen Kreise die Haus- und Gärten nach Waffen; wenn wir auch feinerlei Waffen besitzen, so kann die Mitteilung doch nicht schaden. In Frage kommen nur Militärwaffen.

2. Bitte ich um Mitteilung, ob bis 5. noch ein Fuhrwerk nach hier kommt, ich hätte noch einige Zigaretten mitzugeben.

3. Wünsche ich Ihnen und den anderen Herren ein frohes Neujahresfest, und verbleibe mit besten Grüßen Ihr ergebener Müller.

Bitte den Brief sofort zu vernichten.

Die Orgeschmänner werden also dank ihrer guten Verbindungen von der Waffensuche rechtzeitig in Kenntnis gesetzt und können somit ihre „Zigaretten“ beiseite schaffen. Der Brief zeigt aber auch, daß es unwahr ist, wenn Egerich von einer „unbewaffneten“ Orgesch redet. Bald sind es „Buchenstämme“, bald „Zigaretten“, bald „Moorpaten“, die sich die Orgesch verschreiben läßt. Aber diese Gegenstände werden eines Tages zu Knallen anfangen, wenn der Orgesch nicht bald das Handwerk gelegt wird.

Nach einer neueren Meldung sind in der Waldenburger Affäre bisher im ganzen sechs Personen verhaftet worden, und zwar die Führer der Kreisleitung des Heimatschutzverbandes „Verfassungstreuer“ Schleiter. Die Hauptschuldigen, Leutnant a. D. Müller, Geschäftsführer der Kreisleitung des Heimatschutzverbandes verfassungstreuer Schleiter, und sein Stellvertreter, Leutnant Macianga, sind den Spuren ihrer großen Vorbilder folgend — verhaftet. Ein Haftbefehl gegen sie ist beantragt, aber das Gericht wird die dubiosen Brüder kaum zu fassen kriegen.

Die Entwaffnung

Artikel 196 des Vertrages von Versailles gibt Deutschland das Recht, innerhalb einer Zone von 50 Kilometer von der deutschen Küste und auf den deutschen Inseln außer Helgoland und der Kieler Zone „alle besetzten Werke, Anlagen und festen Seepforten“ in dem Zustande vom 10. Januar 1920 mit der an diesem Tage vorhandenen Armierung zu behalten. Die deutsche Regierung hat am 4. Februar 1920 der Internationalen Kontroll-Kommission ein Verzeichnis der unter Artikel 196 fallenden Werke und ihrer Armierung vorgelegt. Die Kontroll-Kommission hat jedoch ihre Zustimmung zur Beibehaltung eines großen Teiles der Anlagen verweigert. Die Bolschafsterkonferenz, von der deutschen Regierung zur Entscheidung über diese Vertragsverletzung angerufen, ist der Kontroll-Kommission beigetreten und hat dies der deutschen Regierung durch Note vom 31. Dezember mitgeteilt. Die Kontroll-Kommission hat daraufhin die Auslieferung der nach ihrer Auffassung überflüssigen Geschütze nebst Zubehör und Munition bis zum 17. Januar gefordert. Die deutsche Regierung hat jetzt an die Ministerpräsidenten der Alliierten Regierungen die Bitte gerichtet, die Angelegenheit bei der bevorstehenden Tagung des Obersten Rates einer Nachprüfung zu unterziehen. Zugleich ist die Kontroll-Kommission gebeten worden, die Forderung auf Auslieferung des Materials bis zur Entscheidung des Obersten Rates zurückzustellen.

Wir hatten den ganzen Rössenschuh für überflüssigen Plunder, der den Militärs lediglich Gelegenheit zu lustigen Spielereien gibt, für den Ernstfall also ohne jede Bedeutung ist und deshalb ohne weiteres abgeschafft werden kann.

Reichstagsbeginn

Nach vierwöchiger Pause tritt heute der Reichstag wieder zusammen. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht u. a. die Beratung des Antrages der Unabhängigen Sozialdemokratie über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern und die Interpellation über die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland, die am Schluß der vorigen Tagung durch die Anweisung der Beschlußfähigkeit des Hauses durch die reaktionäre Bayerische Volkspartei nicht mehr verhandelt werden konnten.

Der Reichstag beginnt also mit einer Kampfansage gegen die Orgesch-Regierung in Bayern, die die offene Unterstützung der Regierungsparteien im Reiche genießt. Auch seine weiteren Beratungen werden von diesem Gegensatz, insbesondere dem Gegensatz zwischen der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Regierung beherrscht sein, denn immer deutlicher hat die Stinnes-Regierung in den letzten Monaten sowohl in der inneren wie in der äußeren Politik — Sozialversicherungsfrage und Entwaffnung — ihren brutal reaktionären Charakter gezeigt. Sie muß deshalb mit den allerhöchsten Mitteln bekämpft werden. Alles muß getan werden, um den breiten Massen der Bevölkerung zu zeigen, daß diese Regierung die Verantwortung trägt für die immer weitere Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse und der Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Nun müssen sich auch die Rechtssozialisten entscheiden. Sie haben bisher dieser Regierung wohlwollende Unterstützung angedehnt lassen. Tun sie das auch ferner, so machen sie sich mitschuldig an ihren Taten und fördern sie die Absichten der Reaktionäre, die der Erfüllung der Forderungen der Arbeiterklasse schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Die künftige Sozialgesetzgebung

Eine Rede des Arbeitsministers Braun

Der Hauptausschuß des Reichstags hat gestern die Beratungen des Etats des Reichsarbeitsministeriums begonnen. In dieser Sitzung hielt der Arbeitsminister Braun eine ausführliche Rede über den Aufgabenzirkel des Reichsarbeitsministeriums und über die gesetzgeberischen Vorlagen, die im Entstehen begriffen seien. Im wesentlichen stimmte diese Darstellung überein mit dem vor einigen Monaten dem Reichstage zugegangenen Verzeichnis der noch in dieser Session vorzulegenden Gesetzentwürfe.

Es scheint uns bemerkenswert zu sein für die Stellung, die der Reichsarbeitsminister heute zu sozialen Problemen einnimmt, daß in seiner Rede nichts enthalten war über irgendwelche Absichten zur Milderung der unerträglichen Not der Arbeiterlosen, und daß er sich ebensowenig ausgelassen hat über die wichtige Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues und des Wirtschaftslebens überhaupt. Seitdem Herr Braun Arbeitsminister geworden ist, scheint er sich nach jeder Richtung hin dem rein kapitalistischen Kurs anpassen zu wollen, den Herr Stinnes der jetzigen Regierung vorschreibt.

Wie weit Herr Braun sich von seinen ursprünglichen Anschauungen entfernt hat, scheint uns deutlich aus folgender Tatsache hervorzugehen. Er betont, man müsse sich in Bezug auf die Wohlfahrtspflege mit der Tatsache abfinden, daß infolge der finanziellen Schwierigkeiten der Kommunalverwaltungen ein Teil der allgemeinen Wohlfahrtsanstalten in Zukunft nicht mehr zu halten sein werde. Unter diesen Umständen erwacht der privaten Wohlfahrtspflege ein erweitertes Betätigungsfeld. Herr Braun weiß aber so gut wie jeder andere, daß die private Wohltätigkeit in riesenhaftem Umfange zurückgegangen ist, und daß Einrichtungen, die bisher aus privaten Mitteln unterhalten wurden, um nicht zusammenzubrechen, jetzt von den Gemeinden gestützt werden müssen. Sein Standpunkt bedeutet also in der Praxis völlige Preisgabe der kommunalen Wohlfahrtsanstalten und gewaltige Verschärfung der Not all der Unglücklichen, die nicht durch eigene Schuld, sondern durch die Planlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in tiefste Not geraten sind.

Die Arbeiterklasse aber denkt nicht daran, tatlos das Verhängnis über sich hereinbrechen zu lassen. Sie will nicht das Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sein, und sie wird deshalb alle Kraft anspannen, um sich der niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus zu erwehren.

Die Anwendung des Amnestiegesetzes

Eine beweislose Statistik

Durch eine in der bürgerlichen Presse wiedergegebene Statistik suchen die Justizbehörden den üblen Eindruck zu verwischen, den ihr flagranter Rechtsbruch in den Fällen Kessel und Vogel in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat. Nach dieser Statistik sind in Berlin für die in den Monaten Januar und März 1919 begangenen Straftaten, die unter das Amnestiegesetz vom 4. August 1920 fallen,

beim Landgericht I 326 Personen, davon angeblich 204 dem Arbeiterstande angehörende und 22 sogenannte Intellektuelle, beim Landgericht II 25 dem Arbeiterstande angehörende Personen, und beim Landgericht III 20 Personen, bei denen der Prozentsatz der Arbeiter nicht feststeht, jedoch sicherlich über 50 Prozent beträgt.

Im Ruhrgebiet seien ferner für die in den Monaten März und April 1920, also infolge des Rappahnschen Hochverrats begangenen Straftaten amnestiert worden:

vom Landgericht in	Elsenerfeld	161 Personen	
„	„	Düsseldorf	54
„	„	Duisburg	1535
„	„	Hagen	163
„	„	Münster	300

also insgesamt 2213 Personen.

Die Justizbehörden müssen die Denkfähigkeit der Öffentlichkeit sehr niedrig einschätzen, wenn sie glauben, mit dieser Statistik die Tatsache verwischen zu können, daß das Amnestiegesetz einseitig mißbraucht wird. Nicht darum handelt es sich, wieviele Arbeiter amnestiert worden sind, sondern darum, daß von den Hochverrättern, Mördern und Verbrechern aus der bestehenden Klasse überhaupt nicht einer unter Angeklagten gestellt wird oder wie im Falle Vogel und Kessel — grundsätzlich außer Verfolgung gesetzt werden, wenn sich eine Anklage gegen sie nicht vermeiden läßt.

Gegen die reaktionäre Paulsen-Hege

Gegen den am 13. Januar von der Berliner Stadtverordnetenversammlung zum Oberstadtschulrat gewählten Hamburger Schulmann Wilhelm Paulsen wird von reaktionärer Seite eine wüste Hege veranlasst. Man wirft Herrn Paulsen alle möglichen Dinge vor, und vor allem, daß er sich selbst als „Konfessionslos“ bezeichne. An diese Hege sind auch einige Gruppen der Elternbeiräte beteiligt. Sie haben aber kein Recht, im Namen der Elternbeiräte überhaupt zu sprechen. Das geht besonders deutlich aus einer Erklärung des gemeinsamen Arbeitsausschusses der demokratischen und sozialistischen Elternbeiräte an höheren Schulen Groß-Berlins hervor. In dieser Erklärung heißt es:

„Diese „Freie Arbeitsgemeinschaft“ ist nicht legitimiert, sich als die Vertretung der Elternbeiräte an höheren Schulen aufzuspielen; sie schwimmt, wie ihre gedruckten Richtlinien beweisen, völlig im Fahrwasser der deutschnationalen Partei, und ihren monarchistischen, sozialistischen, antisemitischen und antisozialistischen Charakter verbergt sie kaum noch vor ihren Mitläufern. Der Gemeinsame Arbeitsausschuß der demokratischen und sozialistischen Elternbeiräte stellt fest, daß er sich diesem Protz gegen Paulsen nicht anschließen will, der unbestreitbar Fachmann ist, dem Religionsfeindschaft einfach unterstellt wird und dessen parteipolitische Wahl die reaktionäre „Arbeitsgemeinschaft“ bedauert, weil sie keinen deutschnationalen Vertrauensmann ergab.“

Wir verlangen, daß die Aufsichtsbehörde die Befähigung für Paulsen sofort erteilt. Es ist jetzt bereits seit der Wahl Paulsens zum Oberstadtschulrat eine Woche verstrichen. Diese Zeit hätte selbst bei dem bürokratischen Geschäftsgang der Behörden ausreichen sollen, um die Befähigung Paulsens zu erteilen.

Die Eisenbahn-Defizits

Trotz der mehrfachen gewaltigen Erhöhungen der Tariffäge im Eisenbahnbereich ist es nicht gelungen, die Defizits zu überwinden. Der Personenverkehr ist bereits stark zurückgegangen. Eine weitere beträchtliche Steigerung der Fahrpreise läßt eine hinreichende Steigerung der Einnahmen nicht erwarten. Die Steigerung der Frachtfäge lediglich nach dem Gewicht der zu befördernden Güter bringt nach Auffassung der Eisenbahnverwaltung eine die Volkswirtschaft schädigende Preisüberlastung der in großen Gewichtsmengen doch relativ geringwertiger Transportgüter. Man beschließt sich daher mit dem Plane einer „organischen Höherbelastung“ der Güter je nach der besonderen Wertklassen, wobei die höherwertigen Güter am stärksten belastet werden sollen. Bei der Entwicklung dieses Planes wird besonders auf die Düngemittel und wichtigen industriellen Rohstoffe hingewiesen, die bei großen Transportwegen eine zu große Belastungssteigerung erfahren würden. Der Personenverkehr soll wieder einmal erheblich verteuert, dagegen der Fernverkehr möglichst wenig neu belastet werden.

Die Steigerung der Frachtfäge bedeutet natürlich nichts weiter als eine neue indirekte Steuer. Denn es ist selbstverständlich, daß die höheren Frachtpreise auf die Konsumenten abgewälzt werden. Das Defizit der Eisenbahn, das in erster Linie auf die wucherischen Materialpreise zurückzuführen ist, die der Schwerindustrie Millionengewinne sichern, wird natürlich mit denartigen Maßnahmen nicht beseitigt werden können. Warum legt die Regierung die wucherischen Materialpreise nicht zwangsweise herab? Das wäre doch ein besserer Schritt zur Beseitigung des Defizits als die dauernde Steigerung der Frachtfäge und der Tarife für den Personenverkehr.

Der neueste Justizstreich

Am 8. Januar 1921 wurde der Arbeiter Harald Gustav aus Friedenau wegen des Rapp-Putschs vom März 1920 erneut verhaftet, nachdem das Verfahren bereits im vorigen Jahr wegen Mangels an Beweisen eingestellt worden ist. Der Vorgang soll sich, wie Zeugen einmündig bestätigen, folgendermaßen abgepielt haben: Der Denunziant, ein Hauptmann a. D. Mörze, Friedenau, Kaiser-Allee 118 wohnhaft, will vom Balkon seiner Wohnung gesehen haben, wie Gustav Harald sich an einen Soldaten herangeschlichen und einen Revolver abgedrückt habe. Nach Aussagen der Mutter und der Zeugen hat sich der Verhaftete an den Kämpfer aber nicht beteiligt. Der monarchistische Denunziant scheint sich seiner Sache nicht ganz sicher gewesen zu sein, denn er erklärte der Mutter, sie soll sich einmal fragen, der mit ihr vor Gericht besätigten soll sich ihr Sohn während des Rapp-Putschs in Panikwut aufgehalten habe.

Der Eifer des Staatsanwalts bei der Verfolgung von Verbrechern wäre zu loben, wenn er sich nicht auf Denunziationen stützen würde, sondern auf tatsächliche Angaben. Warum werden die Mörder der Spandauer Arbeiter, gegen die beweiskräftiges Material vorliegt, nicht verfolgt, warum unternimmt der Staatsanwalt nichts, um die Mörder des Genossen Fuhran hinter Schloß und Riegel zu setzen? Hierbei handelt es sich, das sei noch einmal gesagt, um feststehende Tatsachen — aber die Staatsanwaltschaft scheint mehr Vorliebe für zweifelhafte Denunziation zu haben, als für konkrete Angaben.

Billige Kartoffeln?

In einer Fachzeitung des Obst- und Gemüsehandels werden folgende Fragen aufgeworfen:

1. Ist es richtig, daß seit acht Tagen den Beamten der Reichskartoffelstelle Kartoffeln zum Preise von 29 Mark je Zentner frei Haus, ab Bahnhof Friedenau-Wilmersdorf, geliefert werden?
 2. Ist es richtig, daß die mit der Abfuhr beauftragte Firma Gebr. Horeke, Wilmersdorf, Wilhelmsau 31, einen Fuhrlohn von 4-5 Mark je Zentner erhält, so daß für die Kartoffeln ein Zentnerpreis von 24-25 Mark verbleibt?
 3. Aus welchen Beständen sind diese billigen Kartoffeln für die Beamten der Reichskartoffelstelle bereitgestellt worden, und ist die Reichskartoffelstelle in der Lage, Kartoffeln für denselben Preis auch der übrigen kassierenden Bevölkerung zur Verfügung zu stellen?
- Auch wir verlangen eine Antwort auf die Fragen, denn wir halten es für unzulässig, daß die Reichskartoffelstelle als Reichsreserve für besondere Notstände mit 25 Mark den Zentner eingekauft hat, den Beamten der Reichskartoffelstelle zugeführt werden, anstatt sie dann für die Allgemeinheit bereitzustellen, wenn irgendwo eine Stockung in der Kartoffelzufuhr eingetreten ist.

Die Tagung der Metallarbeiter

Bekennnis zum Klassenkampf — Gegen das kommunistische Treiben

Vom Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: In der letzten Woche nahm der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in einer mehrtägigen Tagung Stellung zu den Fragen, die zurzeit im Vordergrund der Erörterungen in den Gewerkschaften stehen. Sämtliche Bezirke des Reiches waren durch 88 Teilnehmer vertreten.

Die ersten zwei Tage waren den Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften gewidmet. In einem 2 1/2 stündigen Referat sollte Genosse Ditzmann die Gewerkschaftsprobleme auf. Einleitend die heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse skizzierend, stellte Redner in den Vordergrund, daß die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Gewerkschaften sowohl zu den aktuellen Tagesfragen Stellung nehmen und die Führung in den proletarischen Aktionen übernehmen müssen. Sie haben über den Tageskampf hinaus ihre Tätigkeit auf eine Umwälzung der Wirtschaft zum Sozialismus einzustellen. Ebenfalls fanden sowohl im Referat wie in der nachfolgenden Diskussion die 5 Stuttgarter Forderungen, ein Rundschreiben des früheren Berliner Besolamächtigten Ruch, der jüngste Aufruf der R. P. D. u. a. eine eingehende sachliche Behandlung.

Der erweiterte Beirat faßte nachstehenden Beschluß: „Der erweiterte Beirat stimmt den im Referat des Kollegen Ditzmann niedergelegten grundsätzlichen gewerkschaftlichen Aufgaben zu und begrüßt die Bemühungen des Vorstandes, um dieser Auffassung und Gewerkschaftspolitik im R. P. D. Geltung zu verschaffen.“

Die Folgewirkungen des Weltkrieges, Teuerung, Wirtschaftskrise und wirtschaftliche Anarchie treffen das arbeitende Volk am schwersten. Die Reaktion erhebt ihre Haupt. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung sind weder fähig noch willens, kapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft entgegenzuwirken. Das ist Aufgabe der Arbeiterklasse.

Die politische Kampffront des Proletariats ist leider zerfallen. Eine Einheitsfront bilden die freien Gewerkschaften. Der R. P. D. hat die Aufgabe, den Forderungen und Rechten der in ihm vereinigten 8 Millionen organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Geltung zu verschaffen. In geschlossener Kampffront, in planmäßigen, zielklarem Vorgehen und Handeln ist durch schärfste Einwirkung auf das Unternehmertum, die Gesetzgebung und die Vorsehung der wirtschaftspolitischen Zustände für die Arbeiterklasse zu wirken. Die Einrichtungen und Tätigkeit der Gewerkschaften sind im besonderen auf die wirtschaftliche Umwälzung vom Kapitalismus zur sozialistischen Wirtschaft einzustellen. In diesem Sinne können wir auch der geplanten Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. zu.

Die Gewerkschaften können ihre Aufgaben jedoch nur in geschlossener, einheitlicher Front erfüllen, ebenso wie ihre Aktionen, ihr Arbeiten und Handeln der planmäßigen Vorbereitung bedürfen.

Diese Voraussetzungen erfüllen die in letzter Zeit in Arbeiterkreise hineingeworfenen Forderungen nicht. Das gilt von den sogenannten 5 Stuttgarter Forderungen, dem Rundschreiben der früheren Berliner Ortsverwaltung des D. M. V. u. a. Entschung und Propagierung dieser „Parolen“ lassen in ihren Begleiterscheinungen allzu sehr das engere Parteibedürfnis erkennen. Besteres zu befriedigen, kann natürlich nicht die Aufgabe der Gewerkschaften sein. Soweit die genannten Forderungen zur Zeit realisierbar sind, sind wir auch seither mit allem Nachdruck dafür eingetreten. Das wird auch ferner geschehen. Da bedarf es weder der täglichen Angriffe noch der Beschimpfung von den Stellen, die diese Forderungen propagieren. Das haben wir im besonderen gegenüber den Arbeitslosen hervor, für deren Unterstützung, Wiederbeschäftigung usw. die Gewerkschaften stets eingetreten sind.

Werden jedoch heute im Zeichen schwerer Wirtschaftskrise „Aktionen“ usw. zur „vollen Produktion“ u. a. verlangt, so bedeutet dieses entweder eine völlige Unkenntnis der Zusammenhänge unserer Wirtschaft, eine Verkennung der gegenwärtigen realen Machverhältnisse, oder aber eine gewissenlose, unverantwortliche Agitation unter Ausnutzung der Not und des Elends der Arbeitslosen, die aus schärfster Gebrauchsmittel werden muß.

Wer sich Sozialist nennt, muß wissen, daß die Wirtschaftskrisen unzerbrechbar zusammenhängen mit dem kapitalistischen System, und daß das Arbeitslosenproblem seine definitive Lösung erst finden wird mit der Verwirklichung des Sozialismus. „Aktionen“ zur Erzwingung der vollen Produktion usw., nach den vorgelegten Rezepten inszenieren, heißt, dem organisierten Unternehmertum in Zeiten der Krise in die Hände arbeiten. Zum Schaden der Arbeiter selbst. Das zeigen auf zu deutlich die bisherigen Erfahrungen.

Der Konflikt bei Voewe

Vorschläge der Kommunisten

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der R. P. D. hat an die Berliner Gewerkschaftskommission einen Brief gerichtet, der in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wird. Das Schreiben kommt zurück auf die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände und Parteidelegierten am Sonnabend, die sich mit der Frage der Stellung des Berliner Proletariats zum Konflikt bei Voewe beschäftigt hat. Es sei Willst der Berliner Gewerkschaftskommission, heißt es in dem Briefe, „die gesamte Berliner Arbeiterschaft zur aktiven Solidarität mit den ausgesperrten Klassengenossen aufzurufen“. Falls die Gewerkschaftskommission sich nicht für kompetent halte, einen solchen Beschluß zu fassen, würde es ihr ein leichtes sein, die verantwortlichen gewerkschaftlichen Funktionäre und die Delegierten der Betriebsräte zusammenzurufen.

Hiermit räumt das Schreiben offene Türen ein, denn eine Verammlung der Delegierten und Betriebsräte der in diesem Schreiben gedachten Art findet am Mittwoch statt, wie an der Spitze des gewerkschaftlichen Teiles dieser Nummer unseres Blattes erneut angekündigt wird. Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg hätte also getroffen diese Verammlung abwarten können.

In den übrigen Teilen des Schreibens machen die Kommunisten einige Vorschläge für die in dem vorliegenden Falle anzuwendende Taktik. Die Antwort auf diese Vorschläge und auf das ganze Schreiben wird durch den Verlauf der Verammlung der Funktionäre und Betriebsräte erteilt werden. Wir wollen weder dieser Verammlung noch der Gewerkschaftskommission, an die der Brief gerichtet ist, vorgehen und enthalten uns darum eines weiteren Eingehens auf den Inhalt des Schreibens.

Der Eisenkreis der Landwirte. In einer Vertrauensversammlung des Landbundes zerbrach letzte der Kreisdirektor Lürde mit,

Der in jüngster Zeit von der R. P. D. mit befristetem Ultimatum (Anfang bis 12. 1. 1921) zur Aktion an die Gewerkschaften und politischen Parteien ergangene Aufruf kennzeichnet sich selbst. Eine Partei, die im gleichen Augenblick zur „gemeinsamen Aktion“ aufruft, in der sie triumphiert über jede ihr gelungene Spaltung in den Reihen des internationalen Proletariats, eine Partei, die die Amsterdamer Gewerkschaften als gelb beschimpft und die Einheit und Schlagkraft der Gewerkschaften aufs schwerste bedroht, kann mit ihrem neuesten Appell zur „gemeinsamen Aktion“ und „Einheitsfront“ nicht ernst genommen werden.

Der erweiterte Beirat fordert die Mitglieder des Verbandes auf, die Organisation in ihren Bezirken, die Interessen des gesamten Proletariats mit allen Kräften zu unterstützen, wie andererseits jeden Versuch aufs schärfste zurückzuweisen, der die Arbeiter in planlose Partei, wilde Aktionen usw. hineinzutreiben vermag, die geschlossene Kampffront der Gewerkschaften zerstört und damit die Arbeiterinteressen aufs schwerste schädigt.

Die ersten 4 Absätze dieser Resolution wurden einstimmig angenommen. Auch die kommunistischen Mitglieder des erweiterten Beirats stimmten diesem vom Gen. Ditzmann begründeten grundsätzlichen Teil der Resolution zu. Die weiteren Absätze des Beschlusses fanden gegen 11 Stimmen Annahme. 2 Mitglieder der R. P. D. stimmten auch für diesen Teil der Resolution.

Die Beiratsmitglieder des D. M. V. haben den Propagandisten der sogenannten Stuttgarter Forderungen die gebotene sachliche Antwort gegeben, wie sie gleichzeitig den Zweck der Lösung und deren Folgewirkungen kennzeichneten. Der Aufruf der R. P. D. zur gemeinsamen Aktion erfuhr die „Würdigung“, die er bei allen ernsthaften Gewerkschaftlern finden muß.

Am 3. Tage der Beratungen behandelte zunächst Genosse Loh die Abhaltung von Berufs- und Betriebsrätekonferenzen. Der größte Teil des Tages war dem gegen die Gewerkschaften gerichteten Treiben der R. P. D. gewidmet. Genosse Brandes hielt das Referat. An der Hand eines täglich häufenden Materials wies Redner nach, wie die von Mostan verlangte und von Anhängern der 3. Internationale geleistete Tätigkeit mit feglicher Konsequenz zur Zerstörung der Gewerkschaften führen muß. Es ist feige Heuchelei, wenn diese Leute die Einheit der Gewerkschaften im Munde führen. Noch toller ist es, wenn dieselben Elemente heute diejenigen Gewerkschaftler, die sich gegen die Zerstörung ihrer in jahrelanger Arbeit aufgebauten Organisationen zur Wehr setzen, der Spaltung der Gewerkschaften beschuldigen. Nach gründlicher Aussprache wurde gegen 14 Stimmen (12 R. P. D. und 2 S. P. D., die Extremen berühren sich!) beschlossen:

„Der erweiterte Beirat weist auf die wachsende Macht des kapitalistischen Unternehmertums und der Reaktion hin, die um so mehr feigt, als die Arbeiterklasse sich zerfleischt und ihre Organisationen schwächt.“

Die Besetzung der von der kommunistischen Internationale geforderten Tätigkeit in den Gewerkschaften führt zur Sämung der Stohtrast und Aktionsfähigkeit der Organisation, die Beschimpfung und Bekämpfung der eigenen Gewerkschaft mit eigener Konsequenz zur Spaltung derselben.

Wer solche Schwächung und Zerlegung unseres Verbandes betreibt, erschwert den ohnehin erbitterten Kampf gegen den Kapitalismus und ist deshalb als Feind des Verbandes zu behandeln.

Der erweiterte Beirat, der sich auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stellt und das Treiben der Moskauer Gewerkschaftsinternationale in schärfster Weise verurteilt, fordert deshalb vom Vorstand, daß er gegen Mitglieder, welche eine derartige, die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder schädigende Tätigkeit ausüben, mit allen kapitalistisch zulässigen Mitteln vorgeht.

Er erklärt ausdrücklich, daß der Verband seine Aufgaben nur erfüllen kann, wenn er volle Selbständigkeit besitzt, für seine Organe und Funktionäre das Statut und die Beschlüsse des Verbandstages allein bestimmend sind. Funktionäre kann nicht sein, wer seine Arbeit im Verband von der Weisung außerhalb des Verbandes stehender Personen oder Stellen abhängig macht.“

Bemerkenswert ist auch bei diesem Beschluß, daß ein Mitglied der R. P. D. für diese Resolution stimmte, ein zweites sich der Abstimmung enthielt. Auch Mitglieder der R. P. D. begannen zu erkennen, daß die Moskauer Direktiven zur Zerstörung der Gewerkschaften führen müssen. Die Beschlüsse der Metallarbeiter haben ins Schwarze getroffen. Das zeigt das eingehende Geschehen der Roten Fahne und ihrer Hintermänner im Lande. Doch ihr Geschrei trifft niemanden. Die Einheit der Organisation ist eine Lebensfrage für die freien Gewerkschaften, und wer gegen die Lebensinteressen der Gewerkschaften verfährt, wird die schärfste Zurückweisung erfahren.

daß verschiedene Ortschaften des Kreises trotz aller Mahnungen des Landernährungsamtes kein Pfund Getreide abgefordert haben, dagegen haben bei einer Mühlenrevision 500 Zentner Mehl gefehlt! Wenn das bei den fünfzig Mühlen des Kreises öfter vorkomme, müßte die Getreidewirtschaft zusammenbrechen. Trotzdem bestreiten die Agrarier, daß sie das Getreide systematisch zurückhalten!

Das Bureau der 3. Internationale in Petersburg. Die Sowjetregierung beschäftigt, das Bureau der 3. Internationale und das Komitee für auswärtigen Handel nach Petersburg überzuführen.

Die Bannmeile

Der Polizeipräsident an die politischen Parteien

Wie die S. P. R. hören, hat der Polizeipräsident von Berlin an sämtliche politischen Parteien ein Schreiben folgenden Wortlauts gerichtet:

Im Anschluß an die Versammlungen der Vereinten Kommunistischen Partei Deutschlands, vom 15. Januar 1921, ist es zu einem Ueberstreiten des Bannkreises und in weiterer Folge zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Schuttpolizei gekommen. Diesen Vorfall bedauere ich um deswillen besonders lebhaft, weil es mein aufrichtiges und bisher von Erfolg begleitetes Streben ist, jedes Blutvergießen innerhalb meines Amtsbezirkes zu vermeiden. Aus Anlaß des bedauerlichen Vorfalls bin ich erneut in Erwägung über die zweckmäßige Sicherung des Bannkreises getreten. Hierbei bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß sich ein völliger und unblutiger Schutz des Bannkreises nur dann gewährleisten läßt, wenn die für die Veranlassung von Versammlungen und Umzügen in Betracht kommenden Parteioptionen durch eigene Organe freiwillig die Demonstrationsteilnehmer vom Eindringen in den Bannkreis abhalten lassen. Zu einer mündlichen Aussprache über diese Frage erlaube ich mir die Herren Vertreter der verschiedenen politischen Parteien auf Donnerstag, den 20. Januar 1921, nachmittags 4 Uhr, im Dienstgebäude am Alexanderplatz, 1. Stock, Zimmer 158, ergebene einzuladen.

